

Kommunalwahlprogramm 2024 der Freien Demokraten Potsdam

Potsdam kann mehr.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist für uns eine weltoffene und lebenswerte Stadt. Durch seine Parks und Gewässer hat Potsdam eine hohe Lebensqualität, die Schlösser und die historische Innenstadt ziehen jedes Jahr Millionen Gäste aus aller Welt an. Durch die kulturellen Einrichtungen, die Universität, Hochschulen, Forschungsinstitute, Unternehmen und eine lebendige Start-Up-Szene genießt Potsdam international einen hervorragenden Ruf.

Doch Potsdam schöpft sein Potenzial nicht aus! Durch die verfehlte Politik einer linken Rathausmehrheit sind viele Weichen falsch gestellt worden. Obwohl sich die Kommune hoch verschuldet hat, mangelt es an Verkehrsinfrastruktur, Schulen, Kitas, Bau- oder Sanierungsflächen, Entlastungen der Umwelt und an vielem mehr. Die Rechnung bezahlen die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger heute und morgen.

Wir, die Freien Demokraten Potsdam, werden diese Probleme anpacken. Wir wollen die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verbessern. Familien und Menschen mittleren Alters sollen sich in Potsdam ebenso wohlfühlen wie Senioren, Kinder und Jugendliche. Wir stehen ein für individuelle Chancen und Möglichkeiten eines jeden Einzelnen, für eine ausgewogene Stadtentwicklung, mehr Bildungschancen, innovative Verkehrsplanung sowie für eine solide Haushaltspolitik, die rechnen kann. Denn Potsdam kann mehr.

1. Rückkehr zu solidem Wirtschaften und zur Haushaltsdisziplin

Die aktuelle Finanzsituation der Stadt Potsdam zeigt auf, dass die Landeshauptstadt über ihre Verhältnisse lebt. Der aktuelle Potsdamer Doppelhaushalt und die Mittelfristplanung weisen ein Rekorddefizit auf. Zu befürchten ist die Aufnahme weiterer Schulden. Angesichts der dramatischen Lage werden wir auf eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Finanzpolitik hinarbeiten.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die Erarbeitung eines konsequenten **Haushaltsstabilisierungsprogrammes**, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt zu sichern und die Fehlbeträge signifikant zu reduzieren. Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung müssen zwingend durch den gültigen Haushaltsplan gedeckt sein. Bisherige Prestigeprojekte gehören auf den Prüfstand.
- Die **Null-Basis-Budgetierung**. Ausnahmslos alle freiwilligen Ausgaben sollen auf Null zurückgesetzt und einer neuen Begründung bedürfen. Dies wird die Gemeinkosten senken und auch in Zeiten der Knappheit eine gewisse Flexibilität für strategische Ziele erhalten.
- Eine **generationengerechte Haushaltspolitik**. Wir wollen eine nachhaltige Haushaltspolitik, die sicherstellt, dass zukünftige Generationen nicht mit einem Schuldenberg belastet werden.

- Eine zielführende **Bürgerbeteiligung** bei der Haushaltsplanung. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Haushaltsplanung einbezogen werden, um Prioritäten zu setzen und eine breitere Akzeptanz für notwendige Sparmaßnahmen zu erreichen. Hierfür schlagen wir ein Portal vor, in dem Bürgerinnen und Bürger Vorschläge machen können, wo Investitionen notwendig sind und darüber hinaus unnötige Ausgaben der Stadt melden können.
- **Transparenz** in der Haushaltsplanung. Wir wollen, dass die Haushaltsführung transparent ist und alle Bürgerinnen und Bürger leicht Zugang zu Informationen über Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Stadt haben. Dabei muss sichtbar werden, welche Aufwendungen für Pflichtaufgaben erforderlich sind und welche für freiwillige Leistungen verwendet werden.
- Die politische Entscheidung über die Verwendung eventueller Überschüsse städtischer Unternehmen einschließlich der entsprechenden Kontrolle ist der **demokratisch legitimierten Stadtverordnetenversammlung** zu unterstellen. Bisherige "Nebenhaushalte" sind in den regulären Stadthaushalt zu integrieren.
- Die **Konzentration auf die Kernaufgaben der Kommune**. Ein (Teil-)verkauf der über 50 Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt ist zu prüfen.
- Die sofortige **Beendigung aussichtsloser Vorhaben**, die die Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig hoch belasten, letztendlich aber nicht zum Erfolg führen. Hierzu zählen die Versuche, mit mehreren Millionen Euro Steuergeldern einen öffentlichen Weg am Potsdamer Ufer des Griebnitzsees herzustellen.

2. Schluss mit dem Hürdenlauf für unternehmerische Initiative

Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und sorgen für wirtschaftliches Wachstum. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sind der Motor für unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Wir Freie Demokraten stehen für die Wahrnehmung der Bedürfnisse in der Stadt vorhandener Unternehmen, die aktive Ansiedlung neuer Unternehmen und die Förderung kreativer Start-ups. Unternehmen in Potsdam sind durch bürokratische Hürden, den Fachkräftemangel und steigende Arbeitskosten gebremst. Wir setzen uns daher vor allem für Aktivitäten und Projekte ein, die den Wirtschaftsstandort weiter stärken. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie für Start-ups verbessern, damit sie in Potsdam erfolgreich sind, wachsen und sich weiterentwickeln können.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Eine deutliche **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes**, um Potsdam als Ansiedlungsstandort attraktiver zu machen. Das Niveau sollte nicht höher als in den Nachbargemeinden und in Berlin sein. Dies würde mittelfristig zu höheren Einnahmen durch Ansiedlung neuer Unternehmen sowie Erweiterung bestehender Unternehmen in Potsdam führen.

- Ein spürbarer **Bürokratieabbau** für die lokale Wirtschaft muss Verwaltungsverfahren vereinfachen und Genehmigungsprozesse beschleunigen. Hierfür braucht die Stadt Potsdam zuvorderst einen Mentalitätswandel in der Verwaltung und Stadtpolitik, der die Unternehmen in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik stellt.
- Wir wollen die Entwicklung von Zukunftsbranchen wie **Digitalisierung und KI** durch Modellprojekte unterstützen und vorantreiben.
- Eine breite Unterstützung für Unternehmensgründungen **und Start-ups**. Wir wollen die Schaffung eines gründerfreundlichen Klimas mit Beratungsangeboten, Gründerzentren, Förderprogrammen und dem Ausbau von Standorten für Start-Ups.
- Unterstützung bei der konsequenten **Gewinnung und Bindung von Fachkräften**.
- Eine fokussierte Wirtschaftsförderung. Wir fordern eine engere **Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft**. Wir stehen für die Stärkung des Austauschs zwischen Unternehmen und der Potsdamer Wissenschaft, um Innovation und Wissenstransfer zu fördern. Wir müssen sicherstellen, dass das Know-How, das sich in Potsdam entwickelt, auch der Wirtschaft unserer Stadt zugutekommt.
- Eine **Erweiterung der Ladenöffnungszeiten** durch Ausschöpfen des landesrechtlichen Rahmens. Angestrebt werden auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam möglichst viele verkaufsoffene Sonn- bzw. Feiertage pro Jahr, die langfristig bekanntgegeben werden.
- Die **Abschaffung der Bettensteuer**, damit das Übernachten in Potsdam noch attraktiver und dadurch mehr Kaufkraft nach Potsdam gezogen wird.
- Die **Förderung digitaler Tourismusangebote**. Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für ein modernes Tourismusmarketing. Wir fordern die Entwicklung einer umfassenden Potsdam-App, die als digitaler Reiseführer dient und Informationen zu Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungen sowie Tipps zur nachhaltigen Mobilität bereitstellt.
- Die **Unterstützung des lokalen Gewerbes durch den Tourismus**. Der lokale Einzelhandel, die Gastronomie und das Handwerk sollen stärker von den touristischen Strömen profitieren. Wir setzen uns für die Vernetzung von lokalen Produzenten mit Hotels und Gastronomiebetrieben ein, um regionale Produkte und Dienstleistungen besser in das touristische Angebot zu integrieren.
- **Nachhaltige Mobilitätskonzepte im Tourismus**. Wir setzen uns für die Entwicklung und Förderung nachhaltiger Mobilitätsangebote ein, die Touristen und Einwohner gleichermaßen nutzen können. Dazu gehören der Ausbau des Fahrradverleihsystems, verbesserte Anbindungen durch öffentliche Verkehrsmittel zu touristischen Attraktionen und die Einrichtung weiterer Park-and-Ride-Zonen am Stadtrand, um den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren.

3. Bezahlbarer Wohnraum durch Bauen

Potsdam ist eine attraktive Stadt. Statt sich dem Wachstum entgegenzustellen, es verhindern oder begrenzen zu wollen, treten wir Freie Demokraten dafür ein, alle Wachstumspotenziale zu heben. Dafür verfolgen wir das Ziel, die Schaffung von attraktivem und ausreichendem Wohnraum und -eigentum für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zu ermöglichen. Auf diese Weise eine harmonische Entwicklung der wachsenden Stadt zu gewährleisten, ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die schnellstmögliche Identifizierung von **Flächen für den Wohnungsbau**. Dabei setzen wir auch auf Nachverdichtung und Aufstockung von Gebäuden, auch auf Supermärkten, und den Ausbau von bisher ungenutzten Dachgeschossen. Außerdem wollen wir serielles Bauen und Holz-Hybridkonstruktionen vorantreiben.
- Die Prüfung einer **mittelfristigen Umwidmung von Sonderflächen** (z.B. Kleingärten und Garagen) nach Auslaufen bestehender Verträge in Bauland.
- Die aufkommensneutrale **Senkung der Grundsteuerhebesätze**. Die durch die Rechtsprechung notwendig gewordene Veränderung der Besteuerungsgrundlagen für die Grundsteuer ist von Seiten des Bundes und der Bundesländer immer mit dem Versprechen der Aufkommensneutralität verbunden worden. Die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger darf nicht steigen. Zusätzliche Belastungen für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter müssen unbedingt vermieden werden. Mietnebenkosten wie z.B. Gebühren für Straßenreinigung oder Abfallbeseitigung sind so niedrig wie irgend möglich zu halten.
- Wir setzen auf die **Stärkung privater und genossenschaftlicher Bauträger**. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander im Wettbewerb der Bauträger muss zur Selbstverständlichkeit werden. Weiterhin wollen wir weniger Bürokratie und die Möglichkeit, Bauanträge und Ergänzungen zu laufenden Bauanträgen digital einzureichen.
- Eine enge **Kooperation mit Technologieunternehmen**. Wir unterstützen Partnerschaften mit Technologieunternehmen, um innovative Wohnkonzepte zu entwickeln, die zum Beispiel Smart-Home-Technologien oder energieeffizientes Bauen vorantreiben.
- Das Verständnis der **Verwaltung als Dienstleister von Baulandinitiativen**. Insbesondere bei Themen wie Stellplatzberechnungen, Brandschutz oder Spielplatzbau ist dies dringend notwendig.
- Eine **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** zur langfristigen Gestaltung Potsdams. Dabei sollen insbesondere Themen wie die Wiedergewinnung der Mitte, die Verbesserung des Ziel- und Durchgangsverkehrs sowie die Stärkung der Wirtschaftskraft der Innenstadt im Mittelpunkt stehen. Ein neues Gesamtkonzept für die langfristige Gestaltung der Innenstadt ist überfällig.

- Den **Rückbau des Rechenzentrums** bei gleichzeitiger Sicherung der Mosaik für eine anderweitige Verwendung.
- Die Einstellung des kostspieligen Betriebs der Biosphäre, die Verwerfung des “Konzepts 2.0” und eine zügige Umnutzung des Standortes für das dringend benötigte **Kiezbad Nord**. Unser Ziel ist es, durch die Prüfung privater oder teilprivater Finanzierungsoptionen in einer frühen Planungsphase den städtischen Haushalt zu entlasten.

4. Bessere Bildung für die Stärkung des Einzelnen und die Zukunft unserer Gesellschaft

Wir Freie Demokraten wollen die individuellen Potentiale der Kinder fördern. Auch wenn das Land Inhalte und Personal unserer Schulen verantwortet, haben wir als Kommune vielfältige Pflichten und Möglichkeiten, diese Ziele zu unterstützen. Als Kommune und damit als Schulträger können und müssen wir dazu beitragen, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zu fördern, individuelle Stärken, Neigungen und Fähigkeiten zu erkennen und zu unterstützen. Leider ist die Bedarfsplanung für die Potsdamer Bildungslandschaft oft mangelhaft. Die Gebäudeinstandhaltung und IT-Ausstattung müssen den heutigen Anforderungen standhalten.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die Erhaltung und den Ausbau einer **vielfältigen Schullandschaft** mit unterschiedlichen Schulträgern.
- Die **Anpassung der Schulplätze an unser Bevölkerungswachstum**. Hierbei fordern wir eine kontinuierliche Beobachtung und Neubewertung der demografischen Zahlen und eine agile Anpassung der Planung neuer Schulen mit einer Vorlaufzeit von weniger als 24 Monaten.
- Mehr **Transparenz beim Ü7-Verfahren**. Die Stadt als Schulträger soll den Rahmen dafür setzen, dass die durch die Schulen angewendeten Auswahlverfahren und -kriterien zur Ü7-Platzvergabe den Schülerinnen und Schülern sowie Eltern klar kommuniziert werden.
- Die **Stärkung freier Schulträger**. Dadurch können Schülerinnen und Schüler aus einer vielfältigen Schullandschaft mit Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien eine Schulform wählen, welche die für sie am besten passende ist.
- Den bedarfsorientierten Ausbau der **Ganztagsbetreuung an Grundschulen**.
- Die zügige Umsetzung eines geeigneten **Sanierungsprogramms** für unsere Schulgebäude, Pausenhöfe sowie unsere Sport- und Schwimmhallen.
- Eine **zeitgemäße Ausstattung der Fachräume** insbesondere im MINT-Bereich.

- Die **Verbesserung der IT-Infrastruktur in Schulen**. Dazu gehören eine stabile und leistungsfähige WLAN-Versorgung sowie die Ausstattung der Schulen mit Tablet-Klassensätzen. Das WLAN der Schulen wollen wir für alle öffnen, sodass Schülerinnen und Schüler auch außerhalb des Unterrichts dieses nutzen können. Die Ausstattung muss regelmäßig gewartet und aktualisiert werden, um mit den neuesten technologischen Entwicklungen Schritt zu halten.
- Die Einführung eines **digitalen Hausmeisters** an unseren Schulen. Damit Lehrkräfte sich auf ihre Kerntätigkeit - das Unterrichten - konzentrieren können, müssen wir ihnen den Rücken freihalten. Daher wollen wir die Einführung eines IT-Beauftragten in den Schulen, der direkt vor Ort technische Probleme behebt und die digitale Weiterentwicklung betreut.
- Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, um die **vielfältige Kita-Landschaft** zu erhalten. Den Bau und Betrieb weiterer Kitas in kommunaler Trägerschaft lehnen wir ab. Wir haben in Potsdam engagierte Kita-Träger, die den Bedarf an Kita-Plätzen abdecken können.
- Die **Stärkung der beruflichen Bildung**. Wir wollen die Verbindungen zwischen Schulen und lokalen Unternehmen stärken, um Praktikums- und Ausbildungsplätze in Potsdam zu fördern. Dies kann den Übergang von der Schule in die Berufswelt erleichtern und hilft Unternehmen, offene Stellen zu besetzen. Wir setzen uns aktiv für die Entwicklung eines stadtweiten Netzwerkes für Berufsbildung ein, welches Schulen, lokale Unternehmen, Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammer verbindet.
- Die **Weiterführung der separaten Willkommensklassen** für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Aufgrund des anhaltenden russischen Angriffskrieges in der Ukraine sind weiter Flüchtlinge in größerer Zahl zu erwarten. Daraus erwächst für die Kommune die Verantwortung, die Kinder zu integrieren und zu beschulen. Der Bedarf an Schulplätzen ist regelmäßig zu evaluieren.

5. Potsdam als attraktive Hochschul- und Wissenschaftsstadt

Mehr als 10.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten in Potsdam in rund einem Dutzend Hochschulen und mehr als 40 außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Über 27.000 Studierende beleben die Stadt und sorgen nicht nur für volle Hörsäle, sondern bereichern auch die kulturelle und soziale Szene Potsdams. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam auch kommunal stärker als Hochschul- und Wissenschaftsstadt identifiziert. Denn moderne Hochschulen und beste Forschungsbedingungen sind die Grundlage für Innovation und Fortschritt in unserer Stadt, in unserem Land und weltweit. Sie eröffnen neue Chancen für unsere Gesellschaft vor Ort und für die Bewältigung globaler Herausforderungen.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die stärkere Einbeziehung der **wissenschaftlichen Expertise** unserer Potsdamer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse der Stadt. Dabei soll die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch bei Themen der Stadtentwicklung, Bildung und Sozialarbeit gestärkt werden.
- Die Förderung des **studentischen Wohnens**. Mögliche Wohnheime sollen dabei auch bei der Erschließung neuer Quartiere mitgedacht werden. Neben öffentlichen Akteuren setzen wir auch auf private Initiativen zur Schaffung von Wohnraum für Studierende. Der Science Park Golm, Brandenburgs größter Wissenschafts- und Innovationspark, soll zudem mit weiteren Ansiedlungen weiterentwickelt werden.
- Einen **bedarfsgerechten Ausbau der ÖPNV-Anbindungen** zwischen den Campi. Darüber hinaus setzen wir uns für die Beibehaltung sowie den weiteren Ausbau der Zugtaktung zwischen dem Campus Golm und Berlin ein.
- Die wohlwollende Begleitung von Initiativen privater Akteure, in die **Infrastruktur der Hochschulen** zu investieren.

6. Zukunftsfähiger Verkehr und innovative Mobilität

Mobilität gehört zu den zentralen menschlichen Bedürfnissen, denn Mobilität bedeutet Freiheit und Teilhabe. Niemandem soll vorgeschrieben werden, wie er sich fortbewegen soll. Möglichst viele Optionen sollten zur Verfügung stehen. Die Innenstadt muss lebendig und lebenswert bleiben. Wir Freie Demokraten lehnen den Plan einer autofreien Potsdamer Innenstadt ab. Wir wollen den Kulturkampf um das Auto beenden und machen uns stattdessen stark dafür, für alle Verkehrsmittel bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört es auch, den zukünftigen Verkehr der nächsten Jahre zu berücksichtigen und sich neuen Technologien nicht zu verschließen. Wir stehen für eine vernünftige, innovative und nachhaltige Verkehrspolitik in der Landeshauptstadt Potsdam sowie für eine Verkehrspolitik, die keine neuen privilegierten Verkehrsarten schafft, sondern alle Verkehrsarten mitdenkt.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die **Reduzierung von Durchgangsverkehr in der Innenstadt**. Für die Reduzierung des Autoverkehrs in und um die Innenstadt ist das Trennen von Zielverkehr und Durchgangsverkehr sinnvoll.
- Eine Umgehungsstraße für den Durchgangsverkehr mittels eines **dritten Havel-Übergangs (Havelspange)** für den Durchgangsverkehr, um den innerstädtischen Verkehr zu entlasten.
- Die strikte **Offenhaltung der Innenstadt für Lieferverkehr und Kunden** sowie freie Zugangsmöglichkeiten für Krankentransporte und Patienten zu medizinischen Einrichtungen wie Praxen und Geburtshäusern.

- Eine Machbarkeitsstudie zur **effizienten Verkehrssteuerung**. Wir wollen den Einsatz moderner Technologien zur Verkehrsflussoptimierung und zur Vermeidung von Staus, z.B. durch adaptive Verkehrslichtsignalanlagen und Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste.
- Ein **intelligentes Parkraummanagement** mit dynamischer Preisgestaltung, z.B. mit Tag- und Nachttarifen, um den Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren und den Parkraum effizient zu nutzen. Die Streichung von Straßenparkplätzen ohne die Schaffung geeigneter Alternativen lehnen wir ab.
- Den **Bau einer privat finanzierten Tiefgarage unter dem Platz der Einheit**, welcher neu gestaltet werden soll. Dort könnten zusätzlich Angebote für weiteren Bedarf, z. B. Fahrradgaragen und E-Ladepunkte, vorgesehen werden.
- Die durchdachte **Anbindung des Stadtteils Krampnitz** mit allen Verkehrsarten, da die gegenwärtig angedachte Variante zu erheblichen Problemen führen wird.
- Die Einrichtung **zusätzlicher Ladestationen für Elektroautos und -fahrräder**, um Anreize für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen durch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu schaffen. Wir fordern, dass aktuelle Konzepte bzw. Gutachten schneller erstellt und ausgewertet werden.
- **Mobilitätsstationen mit Sharing-Angeboten** bedarfs- und kapazitätsgerecht zu etablieren.
- Die angemessene **Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes**, um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu bieten.
- Die Entwicklung und den Einsatz von **autonom fahrenden Trams und Bussen** auf geeigneten Strecken.
- Die **Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel**. Wir wollen sinnvolle Anreize für die Nutzung von Fahrrädern und Fußwegen schaffen, z. B. durch den Ausbau von sicheren Radwegen, Fahrrad-Schnellwegen und verbesserte Fußgängerinfrastrukturen.

7. Freiheit braucht Sicherheit und Ordnung

Individuelle Freiheit und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger wird zuerst vor Ort spürbar. Ein möglichst hohes Maß an Sicherheit muss in allen Stadtteilen gewährleistet werden. Eine verbesserte Wertschätzung und Unterstützung von Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen sowie weiteren Hilfskräften, öffentlichen Institutionen und Einrichtungen trägt zu einer Erhöhung des Sicherheitsempfindens in der Landeshauptstadt Potsdam bei.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die Sicherstellung der erforderlichen Mittel und Maßnahmen sowie die Gewährleistung und Evaluation des **Brand- und Katastrophenschutzes** in Potsdam.

- Das Ordnungsamt soll verstärkt, z. B. durch zusätzliche Fahrradstaffeln, auf die **Einhaltung der Stadtordnung** achten.
- Die Fokussierung auf die **ordnungsgemäße Erfüllung kommunaler Aufgaben**. Kompetenzanmaßungen wie im Zuge der Mitgliedschaft im „Bündnis sicherer Häfen“ sind zu beenden.
- Unterstützung von **Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen** sowie Beratungs- und Präventionsstellen, insbesondere solche, die Hilfe zum Thema Gewalt und sexualisierte Gewalt, geben.
- Die **Rückkehr zum Verursacherprinzip** bei Verschmutzungen oder Beschädigungen im öffentlichen Raum.
- Die Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte zur **Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Sicherheit** gemeinsam mit Anliegern und Gewerbetreibenden.
- Eine **Null-Toleranz-Strategie gegen Vandalismus**.
- Konsequentes Vorgehen **gegen jegliche Form des Extremismus und des Antisemitismus**. Auch in der Landeshauptstadt Potsdam muss der Rechtsstaat einen 360-Grad-Blick haben, der Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus gleichermaßen erfasst.

8. Moderner Klimaschutz und bezahlbare Energieversorgung

Wir Freie Demokraten wollen die Lebensqualität in unserer Stadt weiter verbessern und für die Zukunft erhalten. Wir sorgen mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen dafür, dass sich heutige und kommende Generationen in Potsdam wohlfühlen. Wir setzen dabei auf den Einsatz technologischer Innovation und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Die Ausrufung eines Klimanotstandes für Potsdam lehnen wir als leere Geste ab. Wichtig ist für uns eine ganzheitliche und nachhaltige Betrachtung, welche die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung berücksichtigt. Nur ein ökonomisch effizienter Klimaschutz ist auch ein effektiver Klimaschutz.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die **Rücknahme der Feststellung des Klimanotstandes**, um mehr Handlungsoptionen für wirksame Klimapolitik in und für Potsdam zu gewinnen.
- Die **Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung**. Es muss die erste Priorität des städtischen Energieversorgers bleiben, diese zu erhalten. Der politisch gewollte Umbau der Versorgung wird dies zu einer Herausforderung machen. Trotzdem müssen beide Aspekte auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

- Die **Stärkung erneuerbarer Energien**. Wir setzen uns für die beschleunigte Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden ein. Darüber hinaus wollen wir private Haushalte und Unternehmen beim Umstieg auf erneuerbare Energien unterstützen. Baugenehmigungsverfahren sind entsprechend zu beschleunigen.
- Die **Anpassung des Denkmalschutzes**, um mehr Flächen für Photovoltaikanlagen auch auf Dächern historischer Gebäude zu ermöglichen.
- Die **Entwicklung eines Klimafolgen-Konzeptes** sowie das Einstellen und die Vorbereitung auf den Klimawandel. Dafür wollen wir die Begrünung von Fassaden, den langfristigen Ausbau des Stadtkanals zur Ableitung von Wasser bei Starkregen, den Zugang zu kühlen Stadträumen, die Begrünung der Innenstadt sowie die Errichtung öffentlicher Wasserspender an allen öffentlichen Plätzen der Stadt.
- Die **Förderung nachhaltiger Mobilität**. Dabei unterstützen wir die Erweiterung des Radwegenetzes, den intelligenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie privater Car-Sharing-Modelle. Zusätzlich setzen wir uns für ein gut ausgebautes E-Ladenetz ein.

9. Verbesserter Zugang zu medizinischen Einrichtungen und Entlastung der Krankenhäuser

Der soziale Zusammenhalt ist von großer Bedeutung für eine freie und offene Gesellschaft. Das Ziel aus Sicht der Freien Demokraten ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gilt es, den Gemeinsinn der Bevölkerung zu fördern und eine leistungsfähige und inklusive soziale Infrastruktur bereitzustellen. Deutschland und somit auch die Landeshauptstadt Potsdam hat jedoch einen demographischen Wandel der gesamten Bevölkerung zu bewältigen. Davon bleibt auch das medizinische und soziale Fachpersonal nicht verschont.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die **Erhöhung der Ausbildungszahlen** in städtischen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen.
- Die **Gleichbehandlung der Potsdamer Kliniken** auf allen staatlichen Ebenen zur Sicherung der Trägervielfalt. Eine Bevorzugung eines einzelnen Klinikums bei der finanziellen Ausstattung bzw. Bezuschussung lehnen wir ab. Alle Kliniken in Potsdam leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

- Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Herausforderungen der Stadt und der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie des städtischen Klinikums befürworten wir die Prüfung der Aufnahme eines **finanzstarken Gesellschafters zur Sicherstellung und zum bedarfsgerechten Ausbau der medizinischen Versorgung**. Das Klinikum muss Potsdam als Maximalversorger erhalten bleiben. Eine intelligente und strategische Partnerschaft privater Investoren könnte nicht nur den finanziellen Druck von der Stadt nehmen, sondern auch Innovationen und Effizienz im städtischen Gesundheitssystem fördern. Dabei ist uns wichtig, dass die öffentliche Zugänglichkeit und eine hochwertige Patientenversorgung zu fairen Bedingungen gewährleistet bleiben.
- Die bessere Bewerbung der Notfallnummer und der ärztlichen Bereitschaftspraxen sowie die zügige **Schaffung integrierter Portalambulanzen**, um die überfüllten Notaufnahmen der Krankenhäuser zu entlasten.
- Die **Schaffung der Barrierefreiheit** sämtlicher städtischer Gebäude und des ÖPNV.
- Die Unterstützung der Erweiterung der Kassensitze für **Psychotherapeuten** sowie der Anzahl der Terminservicestellen für die Vermittlung von Psychotherapieplätzen in Potsdam in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung.
- **Kommunale Hebel** für die Bindung und Gewinnung junger Ärztinnen und Ärzte, tätiger Hebammen und Pflegekräften in der Landeshauptstadt Potsdam.

10. Sport und Kultur als Stützen der Stadtgemeinschaft

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur langen Tradition Potsdams als Sportstadt mit einem reichhaltigen Angebot aus Leistungs-, Vereins- und Breitensport. Dem Mangel an Sportstätten wollen wir mit der Schaffung neuer, wettkampffähiger Standorte begegnen. Dabei wollen wir auch neue Wege gehen und gemeindeübergreifende Sportstätten diskutieren, um dem Problem des Platzmangels entgegenzuwirken. Wir wollen die Wertschätzung des Ehrenamts im Sport erhöhen und es auch für junge Menschen attraktiver gestalten. Zusätzlich wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Standortfaktor weiterentwickeln und eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Kulturbereiche fördern.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die **flächendeckende Gewährleistung des Schwimmunterrichts**. Daher setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Schwimmbädern ein und fordern eine Lösung für das benötigte Kiezbad Nord.
- Die Stärkung von **Engagement für den Breitensport**. Vereine, die sich aktiv für die Förderung des Breitensports einsetzen, beispielsweise durch Jugendarbeit, Inklusion und Angebote für Amateursportler, sollten angemessen gefördert werden.
- Eine **leistungsorientierte Mittelvergabe im Sport**. Die Zuteilung von Geldern sollte sich stärker an den sportlichen Leistungen der Vereine orientieren und darf nicht von persönlichen Beziehungen abhängig sein.

- Die **Gewinnung privater Sponsoren im Sport**. Vereine, die aktiv private Sponsoren einwerben und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit unter Beweis stellen, fördern die Eigeninitiative und vermindern die Abhängigkeit von öffentlichen Geldern.
- Eine Verlagerung der **städtischen Sportförderung** in die Stadtverordnetenversammlung, um transparent und ausgewogen alle Sportvereine angemessen unterstützen zu können.
- Die Erarbeitung eines „**Public Viewing**“-Konzeptes für Sport- und Kulturveranstaltungen.
- Die Unterstützung der **Bibliotheken** als hochmoderne und nachhaltige Informationszentren auf dem Weg zur Digitalisierung.
- Die Ausarbeitung eines Konzeptes für eine „**Potsdamer Nacht der Clubs und Kneipen**“.
- Die **Einführung privater Partnerschaften von Kultureinrichtungen**. Für Kultureinrichtungen wie das Hans Otto Theater und den Nikolaisaal müssen in den nächsten fünf bis zehn Jahren verstärkt Kooperationen mit privaten Partnern gesucht werden. Ziel ist es, durch die Einbindung privater Investitionen die finanzielle Tragfähigkeit und das Angebot dieser Einrichtungen zu erweitern und gleichzeitig den kulturellen Wert für die Stadt zu erhöhen.
- Die **Förderung von Crowdfunding-Projekten**. Die Stadtverwaltung sollte Plattformen und Initiativen unterstützen, die Crowdfunding für kulturelle Projekte anbieten. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger direkt an der Entwicklung der Kulturszene teilhaben und Projekte, die ihnen am Herzen liegen (z.B. Stadtfest und Theaterfestivals), unterstützen.
- Die **Digitalisierung von Kultureinrichtungen**. Förderung von Projekten, die darauf abzielen, das digitale Angebot von Kultureinrichtungen zu erweitern, z.B. durch virtuelle Vorstellungen des Hans Otto Theaters oder digitale Konzerte im Nikolaisaal. Dies könnte die Reichweite dieser Einrichtungen vergrößern, ein jüngeres Publikum ansprechen und neue Einnahmequellen erschließen.
- Den **Erhalt der öffentlichen Parks** als Naherholungsgebiet und Tourismusmagneten. Einem moderaten Parkeintritt mit einer sozial verträglichen Jahreskarte für Potsdamerinnen und Potsdamer zum Schutz der Kulturlandschaft anstelle eines regelmäßigen Zuschusses aus dem Stadthaushalt stehen wir offen gegenüber.

11. Zukunftsfähige Verwaltung und beschleunigte Digitalisierung

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Potsdamer Verwaltung ihr Personalmanagement effizient und effektiv gestaltet. Dazu gehört insbesondere, dass die Verwaltung weiter digitalisiert und modernisiert wird. Insgesamt muss sich die Stadtverwaltung als Dienstleister gegenüber den Potsdamern verstehen. Der Fokus muss auf der Bürgerorientierung liegen. Prozesse, Konzepte und Technologien müssen für alle Bürgerinnen und Bürger transparent, intuitiv, verständlich und niederschwellig sein.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die Anwendung von **Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung**, um Personalengpässe abzumildern. Insbesondere bei standardisierten Verwaltungsprozessen ist zügig auf KI zu setzen.
- Übersetzung von „Smart City Potsdam“ in **MEIN Smartes Potsdam**. Dafür wollen wir MEIN Smartes Potsdam erlebbar machen, MEIN Smartes Potsdam als Schnittstelle zwischen Bürger und Stadt sowie MEIN Smartes Potsdam auch für Nicht-Potsdamer (z.B. Touristen) nutzbar machen.
- Eine **Bürger-App** als zentrales Steuerungsmittel für MEIN Smartes Potsdam.
- Die Verbesserung der **Nutzerfreundlichkeit des Kommunalportals**. Dafür wollen wir sicherstellen, dass das Portal intuitiv bedienbar ist und alle wesentlichen Dienstleistungen abdeckt. Dies soll durch regelmäßige Nutzerbefragungen und Usability-Tests erreicht werden. Das Kommunalportal muss kontinuierlich weiterentwickelt werden und schnellstmöglich alle Dienstleistungen des bisherigen Bürgerservices abdecken, um diesen zu entlasten.
- Die Gewährleistung **kostenloser öffentlicher Internetzugangspunkte**.
- **Offene Daten und Transparenz**. Start-ups, Entwicklerinnen und Entwickler sowie Unternehmen können diese Daten nutzen, um neue Lösungen für städtische Herausforderungen zu entwickeln, was wiederum die lokale Wirtschaft fördert. Offene Daten können helfen, städtische Dienstleistungen zu verbessern. Beispielsweise können Verkehrsdaten genutzt werden, um Verkehrsflüsse effizienter zu gestalten oder Umweltdaten verwendet werden, um Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu entwickeln.
- Die **Förderung der digitalen Bildung**. Dafür wollen wir Angebote zur Schulung der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit digitalen Verwaltungsdiensten schaffen, insbesondere für ältere Menschen und andere weniger technikaffine Gruppen.

12. Mehr Wertschätzung für vielfältiges Ehrenamt

Nicht der Staat, sondern die Bürgerinnen und Bürger halten durch ihr ehrenamtliches Engagement die Gesellschaft zusammen. Auch in Potsdam sorgen viele Vereine und Kiezinitiativen für ein attraktives Zusammenleben, sei es im Sport, im kulturellen oder sozialen Bereich. Das liberale Herzstück unserer Politik ist die Stärkung individueller Freiheit und Eigeninitiative. Ehrenamtliches Engagement ist ein Ausdruck dieser Werte. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in Potsdam die Möglichkeit hat, sich entsprechend ihren oder seinen Interessen und Fähigkeiten einzubringen. Dazu gehört auch, dass wir Hürden abbauen, die freiwilliges Engagement erschweren.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten für die Landeshauptstadt Potsdam:

- Die Weiterentwicklung geeigneter **Anerkennungsprogramme**, die das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger würdigen.
- Die stärkere Beteiligung städtischer Einrichtungen zum Ausbau der **Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg**.
- Die Reaktivierung des **Potsdamer Ehrenamtspreises** sowie die Einführung eines Potsdamer Verdienstordens bzw. einer Ehrenamtsnadel.
- Die Verbindung von **Ehrenamt und moderner Stadtentwicklung**. Im Rahmen unserer Smart City-Initiativen soll das Ehrenamt einbezogen werden. Digitale Lösungen können dabei helfen, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in die städtische Entwicklung zu integrieren.
- **Transparente Förderstrukturen**. Wir wollen klare und transparente Kriterien bei der Förderung ehrenamtlicher Projekte.
- Die Gründung und Weiterentwicklung von **Bürgervereinen** zur Intensivierung der bestehenden Städtepartnerschaften.